

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Sigrid Maurer, Freundinnen und Freunde

**betreffend Erarbeitung und Umsetzung eines Nationalen Aktionsplans
Medienkompetenz**

BEGRÜNDUNG

Medienkompetenz ist weit mehr als eine Bildungsfrage – sie ist eine Schlüsselkompetenz für ein selbstbestimmtes Leben in einer digitalen Gesellschaft. Wer heute Nachrichten konsumiert, soziale Medien nutzt, online einkauft, mit Behörden kommuniziert oder politische Debatten verfolgt, bewegt sich in einem komplexen Informationsraum. Die Fähigkeit, Informationen kritisch zu bewerten, Quellen einzuordnen, Manipulation zu erkennen und digitale Technologien reflektiert zu nutzen, entscheidet zunehmend darüber, ob Menschen Orientierung finden, Vertrauen entwickeln und fundierte Entscheidungen treffen können – im Alltag ebenso wie bei Wahlen.

Für Bürger:innen bedeutet Medienkompetenz konkret:

- Sie schützt vor Betrug und Desinformation.
- Sie hilft, Falschmeldungen und manipulierte Inhalte – etwa Deepfakes oder KI-generierte Bilder – zu erkennen.
- Sie stärkt die Fähigkeit, politische Debatten differenziert zu beurteilen, anstatt polarisierenden Erzählungen zu erliegen.
- Sie unterstützt Eltern dabei, ihre Kinder sicher und reflektiert durch die digitale Welt zu begleiten.
- Sie befähigt Jugendliche, soziale Medien selbstbestimmt zu nutzen, anstatt von Algorithmen gesteuert zu werden.
- Und sie ermöglicht älteren Menschen, digitale Angebote souverän zu verwenden, ohne sich ausgeschlossen oder verunsichert zu fühlen.

Für Journalist:innen und Medien bedeutet hohe Medienkompetenz in der Bevölkerung ein aufmerksames, kritisch denkendes Publikum, das Qualitätsjournalismus schätzt und zwischen seriöser Berichterstattung und gezielter Manipulation unterscheiden kann. Für die Demokratie insgesamt bedeutet sie Resilienz: Eine Gesellschaft, die Informationen einordnen kann, ist weniger anfällig für Desinformationskampagnen, Verschwörungsnarrative oder ausländische Einflussnahme.

Medienkompetenz ist damit zunehmend auch eine Frage der nationalen Sicherheit und der strategischen Resilienz Europas. Hybride Bedrohungen zielen heute nicht mehr nur auf kritische Infrastruktur oder staatliche Institutionen, sondern bewusst auf die öffentliche Meinungsbildung. Autoritäre Staaten und andere Akteure nutzen

Desinformation, koordinierte Einflusskampagnen und KI-gestützte Manipulation, um gesellschaftliche Spaltungen zu vertiefen, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben und außen- sowie sicherheitspolitische Entscheidungen zu beeinflussen. Eine medienkompetente Bevölkerung bildet daher eine wesentliche zivile Verteidigungslinie gegen hybride Angriffe: Sie erschwert die Wirksamkeit ausländischer Einflussnahme, stärkt die demokratische Widerstandsfähigkeit und trägt dazu bei, die Souveränität Österreichs sowie die Stabilität der Europäischen Union in einem zunehmend geopolitisch geprägten Informationsraum zu sichern.

Die aktuellen Herausforderungen sind tiefgreifend. Digitale Plattformen prägen Meinungsbildung in bislang unbekanntem Ausmaß. Ihre algorithmischen Systeme priorisieren Aufmerksamkeit, Emotionalisierung und Polarisierung. Desinformationskampagnen sind professionell organisiert, oft international vernetzt und technologisch hochgerüstet. Künstliche Intelligenz ermöglicht die massenhafte Produktion täuschend echter Inhalte. Gleichzeitig wächst die Geschwindigkeit öffentlicher Debatten – während die Zeit für sorgfältige Prüfung schrumpft.

Diese Dynamiken betreffen alle Altersgruppen und gesellschaftlichen Bereiche. Kinder und Jugendliche wachsen in einer permanent vernetzten Öffentlichkeit auf. Erwachsene stehen unter dem Druck, beruflich wie privat digital kompetent zu agieren. Ältere Menschen müssen neue Technologien erlernen, um gesellschaftlich angebunden zu bleiben. Pädagog:innen, Eltern und politische Entscheidungsträger:innen sind gefordert, Orientierung zu geben – häufig ohne selbst ausreichend systematisch unterstützt zu werden.

Österreich hat in den vergangenen Jahren wichtige Initiativen gesetzt, um Medienkompetenz zu stärken. Dazu zählen insbesondere:

- die Weiterentwicklung schulischer Bildungsangebote, unter anderem durch neue Unterrichtsfächer wie „Digitale Grundbildung“ und die Verankerung von Querschnittsthemen im Lehrplan mit Fokus auf Medien, Demokratie und Künstliche Intelligenz;
- die Digitaloffensive „Digital Austria“, die Medienkompetenz als Teilbereich der digitalen Grundkompetenzen adressiert. Ziel ist, die digitale und mediale Teilhabe der Bevölkerung bis 2030 deutlich zu erhöhen;
- Kooperationen von Medienhäusern mit Schulen, um Jugendliche und Lehrkräfte im Umgang mit Desinformation, Fake News und digitalen Medienkompetenzen zu stärken;
- CheckBar, eine kostenlose Media-Literacy-Plattform der APA für Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler zwischen 14 und 19 Jahren;
- der Medienkompetenzbericht sowie der Medienkompetenz-Atlas der RTR, die bestehende Initiativen und Angebote sichtbar machen;
- Initiativen in der Erwachsenenbildung, in Bibliotheken, in der Jugendarbeit und in der Zivilgesellschaft.

Diese Maßnahmen leisten wertvolle Arbeit und erreichen viele Menschen. Dennoch fehlt bislang eine übergeordnete, langfristige und ressortübergreifende Strategie, die diese Aktivitäten systematisch bündelt. Zuständigkeiten sind auf mehrere Ministerien und Ebenen verteilt, Angebote unterscheiden sich regional, Zielgruppen werden ungleich erreicht, und eine kontinuierliche Evaluierung sowie strategische Weiterentwicklung erfolgen nur eingeschränkt.

Internationale Beispiele¹ zeigen, dass nachhaltige Medienkompetenz nicht durch Einzelprojekte entsteht, sondern durch langfristige Strukturpolitik. Insbesondere Finnland gilt hier als Vorbild: Dort ist Medienkompetenz als Querschnittsmaterie im Bildungssystem verankert, staatlich koordiniert und eng mit Fragen demokratischer Resilienz verbunden. Bildung, Kultur, Medien, Zivilgesellschaft und Verwaltung arbeiten systematisch zusammen. Das Ergebnis ist eine Bevölkerung, die im internationalen Vergleich besonders widerstandsfähig gegenüber Desinformation ist. Für Österreich bedeutet das: Die bestehenden Initiativen sollen nicht ersetzt, sondern strategisch zusammengeführt, weiterentwickelt und zukunftsfest ausgerichtet werden. Ein Nationaler Aktionsplan Medienkompetenz kann diese verbindende Klammer schaffen. Er würde klare Ziele definieren, Zuständigkeiten transparent regeln, messbare Indikatoren festlegen und regelmäßige Evaluierungen vorsehen. Vor allem würde er Medienkompetenz als lebenslange Aufgabe verstehen – von der frühen Bildung bis ins hohe Alter.

Ein solcher Aktionsplan hätte konkrete Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen:

- Mehr Orientierung in der Informationsflut.

¹ Finnland – National Media Education Policy

- Finnland verfügt über eine formale nationale Medienkompetenz-Strategie, die über mehrere Jahre entwickelt und in nationale Lehrpläne und Politikdokumente integriert wurde und das Ziel verfolgt, Medienbildung ab frühester Kindheit systematisch und gesamtgesellschaftlich zu verankern. Sie wird fortlaufend weiterentwickelt mit Fokus auf kritisches Denken, Analyse digitaler Inhalte, Umgang mit Desinformation.
- Finnland gilt regelmäßig als Spitzenreiter im European Media Literacy Index, was teils auf diese umfassende politische Verankerung zurückgeführt wird.

Belgien (Föderation Wallonie-Brüssel) – Nationale *Action Plan Media Literacy*

- In Belgien (insbesondere in der Brüssel-Wallonischen Föderation) wurde 2022 ein Medienkompetenz-Aktionsplan verabschiedet, der über 60 konkrete Maßnahmen über mehrere thematische Achsen bündelt (z. B. Bildung, Zugang, Schutz und Produktion von Medien).

Luxemburg – Nationale Strategie & digitale Inklusion

- Luxemburg hat eine Medienkompetenzstrategie, die seit 2020 in Kraft ist, und entwickelt fortlaufend Programme zur Förderung digitaler und medialer Kompetenzen

Norwegen – Nationaler Strategieansatz „Safe Digital Upbringing“

- Norwegen verfolgt mit einer *Nationalstrategie für ein sicheres digitales Aufwachsen* einen integrativen Ansatz, der Schulbildung, außerschulische Bildung und eine breite Förderung digitaler und medialer Kompetenzen einschließt.

Portugal – Nationaler Plan Medienkompetenz

- Portugal hat mit dem Media Action Plan und dem neuen National Plan on Media Literacy politische Leitlinien geschaffen, die Prioritäten und Maßnahmen zur Medienkompetenz auf nationaler Ebene setzen; diese werden in den kommenden Jahren weiter implementiert.

- Mehr Schutz vor digitalem Betrug und Manipulation.
- Mehr Sicherheit im Umgang mit Künstlicher Intelligenz.
- Mehr Vertrauen in demokratische Prozesse.
- Und mehr Fähigkeit, sich selbstbewusst und informiert an gesellschaftlichen Debatten zu beteiligen.

Medienkompetenz ist damit keine abstrakte bildungspolitische Zielsetzung, sondern eine Investition in demokratische Stabilität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und individuelle Freiheit. Ein Nationaler Aktionsplan würde sicherstellen, dass Österreich den Herausforderungen der digitalen Öffentlichkeit nicht reaktiv, sondern strategisch und vorausschauend begegnet – im Interesse der Bürger:innen und der Demokratie. Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wohnen, Kunst, Kultur, Medien und Sport wird ersucht,

1. einen für die Öffentlichkeit transparent und unter Einbindung von Wissenschaftler:innen, Expert:innen und Zivilgesellschaft erarbeiteten Nationalen Aktionsplan Medienkompetenz zu erarbeiten und umzusetzen, der bestehende Maßnahmen bündelt, strategisch weiterentwickelt und langfristig absichert;
2. dabei internationale Best Practices, insbesondere aus Finnland, systematisch zu analysieren und auf ihre Übertragbarkeit auf die österreichischen Rahmenbedingungen zu prüfen;
3. den Aktionsplan ressortübergreifend anzulegen und relevante Akteur:innen aus Bildung, Wissenschaft, Medien, Zivilgesellschaft, Jugend- und Erwachsenenbildung, Bibliotheken, der Medienregulierung sowie den Bundesländern, der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst und dem Bundesheer einzubinden;
4. im Aktionsplan insbesondere folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen:
 - a. Stärkung der Medien-, Digital- und KI-Kompetenz über alle Altersgruppen hinweg,
 - b. Förderung kritischer Informations- und Quellenkompetenz im Umgang mit Desinformation, algorithmischer Verstärkung und KI-generierten Inhalten,
 - c. lebenslange Medienbildung in Schule, Ausbildung, Beruf und Erwachsenenbildung,
 - d. Qualitätssicherung, Evaluation und transparente Berichterstattung über Maßnahmen und Wirkungen;

- e. insbesondere einen Medienkompetenz-Monitor, der regelmäßig die Kompetenz in den verschiedenen Altersgruppen methodisch überprüft um daraus Maßnahmen abzuleiten;
5. dem Nationalrat regelmäßig über den Fortschritt bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Medienkompetenz zu berichten.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verfassungsausschuss vorgeschlagen.

(Nöcker) *(Schachermair)*
(Prammer) *Paulsen (KOR)*
(Müller)

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-14T20:03:25+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	